

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10816, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 17 02 wird ein neuer Titel „Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Qualität in der frühkindlichen Bildung und zum bedarfsgerechten Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Familien-Zentren“ mit einem Titelantrag in Höhe von 325 Mio. Euro ausgebracht.

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Um die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu steigern, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden. Es soll deshalb ein Programm in Höhe von 325 Mio. Euro aufgelegt werden, mit welchem Qualifizierungsangebote für Kindertageseinrichtungen und Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren erprobt und gefördert werden. Ein Schwerpunkt soll dabei die Förderung von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf sein. Die Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren sollen möglichst niedrigschwellig (z. B. aufsuchende Elternarbeit) und im Sozialraum verankert sein, damit sie auch Familien erreichen, die von herkömmlichen Angeboten der Familienbildung eher nicht profitieren. Das Programm ergänzt die bereits laufende Qualifizierungsoffensive und richtet den Fokus auf die Verbesserung der individuellen Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege sowie auf die gezielte Unter-

stützung der elterlichen Erziehungskompetenz. Eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur an Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren befindet sich in einigen Regionen bereits im Aufbau. Ein entsprechendes Bundesprogramm sollten die Länder und Kommunen beim weiteren Aufbau dieser Strukturen unterstützen und so die Qualitätsverbesserung im Bereich der frühkindlichen Bildung forcieren. Die Finanzierung dieser Mehrausgaben wird durch das SPD-Finanzierungskonzept „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung“ sichergestellt.